



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Ertragsteuerliche Behandlung von Zuschusszahlungen an den ÖPNV

Aktuell seit 01.10.2026 16:34:57

Angegeben von:

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) (R001242) am 01.10.2026

Beschreibung:

Die Verbändeinitiative verfolgt das Ziel, dass Änderungen bei der ertragsteuerlichen Behandlung von Zuschüssen an den ÖPNV im Rahmen des Corona-Rettungsschirms, des 9 Euro-Tickets und des Deutschland-Tickets ausschließlich für die Zukunft vorgenommen werden dürfen oder zumindest deren Rückwirkung stark eingeschränkt wird. Hintergrund ist, dass auf Ebene der Länder eine Verwaltungsanweisung erlassen wurde, die auch eine rückwirkende Änderung der Besteuerung für Zuschüsse vorsieht. Dies würde die Branche finanziell erheblich belasten und widerspricht der bestehenden Erlasslage, auf deren Grundlage Zuschüsse rechtmäßig als ertragsteuerliche Einlage erfasst worden sind. Selbst wenn Finanzverwaltungen eine Neuregelung anstreben, gilt aus Sicht der Branche rückwirkend ein Vertrauensschutz.

Betroffene Interessenbereiche (5)

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

Personenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#)

Schienenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#)

Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [\[alle RV hierzu\]](#)

Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Bundesgesetze (4)

[KStG 1977](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

[BGB](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

[GWB](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (2)

1. SG2610010056 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.09.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. SG2610010058 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.09.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]